

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227-77594
Telefax 030 227-76594
roderich.kiesewetter@bundestag.de
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:
Wellandstraße 58
73434 Aalen
Telefon 07361 5249 201
Telefax 07361 5249 202
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt 04/2011

Einigung über Hartz-IV-Reform – Persönliche Notizen

Befreiungsschlag für die Kommunen – Grüne stehlen sich aus der Verantwortung

Nach langen und schwierigen Verhandlungen, die sogar noch an diesem Mittwoch im Vermittlungsausschuss von Bundestag/ Bundesrat zu scheitern drohten, haben sich CDU/CSU und FDP gemeinsam mit den Sozialdemokraten auf eine Reform des Arbeitslosengeldes II verständigt.

Ein Konsens mit den Grünen konnte hingegen nicht erreicht werden. Ihre Verhandlungsführer waren auch dieses Mal vor allem eines: „dagegen“ und ließen noch in der letzten Verhandlungsrunde keinen Willen zum Kompromiss erkennen, indem sie weiterhin auf ihrer ursprünglichen Maximalforderung beharrten, den Regelsatz von 359 auf 420 Euro zu erhöhen.

Eine solche Erhöhung würde die öffentlichen Haushalte mit rund fünf Mrd Euro belasten. Dass die Grünen sich einem Konsens widersetzen, ist umso beachtlicher, als es die rot-grüne Bundesregierung war, die die Altersgrundsicherung einführte und auf die Kommunen übertrug, ohne für die notwendige Finanzierung zu sorgen. Dabei haben sich die Kosten dieser Grundsicherung seit ihrer Einführung im Jahr 2003 verdreifacht und belaufen sich zur Zeit auf jährlich 3,9 Milliarden Euro mit dynamisch steigender Tendenz.

Nach den Beschlüssen des Bundestages und des Bundesrates, die ohne Zutun der Grünen zustande gekommen sind, wird nun endlich die kommunalfeindliche Politik der Schröder-Regierung durch die christlich-liberale Koalition beendet. Leider haben die Mitverursacher dieser Politik, die Grünen, nicht die Kraft gefunden, ihre Fehler von einst zu revidieren. Die Grünen haben sich vielmehr verweigert und damit aus ihrer Verantwortung gestohlen.

Worum ging es bei der Einigung? Bei der Reform des Arbeitslosengeldes II hatte die christlich-liberale Koalition zum einen dafür Sorge zu tragen, dass die Regelleistung nicht willkürlich erhöht, sondern – wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert – transparent und nachvollziehbar berechnet wird.

Zum anderen war es Ziel, die Regelungen zum Arbeitslosengeld II so auszurichten, dass es für möglichst viele Menschen eine Brücke in die Arbeit ist und kein Lebenszustand, in dem man sich einrichten kann.

Zentraler Bestandteil der Neuregelung ist deshalb das Bildungspaket, mit dem in die Fähigkeiten und Köpfe der Kinder und Jugendlichen im SGB-II-Bezug investiert und das nun noch einmal aufgestockt wird.

Beide Ziele konnten CDU/CSU und FDP mit den gefundenen Lösungen erreichen und

zudem einen Kompromiss erzielen, der die Kommunen enorm entlastet.

Im Einzelnen hat sich die Koalition dabei mit den Sozialdemokraten u.a. auf folgende Regelungen verständigt: Erhöhung Regelsatz rückwirkend zum 1. Januar 2011 um fünf Euro und zum 1. Januar 2012 nochmals um weitere drei Euro – unabhängig von der dann erfolgenden Anpassung, die die Preisentwicklung erforderlich macht. Der Bund übernimmt die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auf Dauer.

Dabei beginnt die Kostenübernahme bereits im Jahr 2012 mit 45 Prozent, setzt sich fort im Jahr 2013 mit 75 Prozent, und ab dem Jahr 2014 übernimmt der Bund die Ausgaben zu 100 Prozent. Allein von 2012 bis 2015 entspricht das einer Nettoentlastung der Kommunen von 12,24 Milliarden Euro.

Das Bildungspaket wird komplett in die Zuständigkeit der Kommunen gelegt. Dies bietet die beste Gewähr für schnelle und unkomplizierte Teilhabe der Kinder aus Familien im Hartz IV-Bezug an den Angeboten vor Ort. Auch für das Bildungspaket übernimmt der Bund für die Kommunen die vollen Kosten für Schulsozialarbeit und Mittagessen in den Horten von mindestens 1,6 Milliarden Euro jährlich für den Zeitraum 2011 bis 2013.

Im Ergebnis machen drei Kernpunkte den enormen Mehrwert aus, den die christlich-liberale Koalition bei der Neugestaltung von Hartz IV erreicht hat: Mehr Chancengerechtigkeit für alle Kinder, mehr Hilfe für Langzeitarbeitslose, mehr Unterstützung und Entlastung für unsere Kommunen.

Allgemeine Wehrpflicht künftig ausgesetzt

An diesem Donnerstag hat der Deutsche Bundestag in 1. Lesung das Wehrrechtsänderungsgesetz 2011 (WehrRÄndG 2011) beraten. Durch die veränderte sicherheits- und verteidigungspolitische Lage wird die Bundeswehr neu ausgerichtet als Ergebnis eines umfassenden Reformprozesses, den die christlich-liberale Koalition im vergangenen Sommer begonnen hat.

Das Gesetz sieht im Zuge der Neuordnung der Bundeswehr die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht vor. Die Ableistung des Wehrdienstes ist danach nur noch freiwillig.

Über 50 Jahre war die Wehrpflicht die richtige Wehrform. Die Bundeswehr stößt aber in ihrer jetzigen Struktur an ihre Leistungsgrenze. Sie hat sich zu einer Armee im Einsatz entwickelt, die nicht mehr in erster Linie eine große Anzahl, sondern hochprofessionelle Soldaten benötigt.

Deshalb ist die Gewinnung von Freiwilligen die Herausforderung der Zukunft. Ziel ist es, mit Maßnahmen wie u.a. einem höheren Wehrsold und Verpflichtungsprämien die Attraktivität der Bundeswehr zu steigern. Geld/Haushaltsmittel gibt es dafür noch nicht! Die Bewerberzahlen sind erheblich zurückgegangen, gleiches gilt für THW und Feuerwehr aber auch die sozialen Dienste.

Die Trennung von einer Institution wie der Wehrpflicht ist schmerzhaft, aber das Prinzip der Inneren Führung der Bundeswehr ebenso wie ihre Offenheit für alle Schichten der Bevölkerung. Das Prinzip „Staatsbürger in Uniform“ gilt unverändert.

Einführung Bundesfreiwilligendienst

Ebenfalls in 1. Lesung wurde in dieser Woche das Gesetz zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes nach dem Motto „Tu was für Dein Land – Tu was für Dich“ debattiert. Die Aussetzung der Wehrpflicht führt auch zur Aussetzung des Zivildienstes.

Zur Minimierung der Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur will die Bundesregierung einen Bundesfreiwilligendienst (BFD) einführen, der – neben den bereits bestehenden Jugendfreiwilligendiensten – möglichst vielen Menschen ermöglicht, sich sozial zu engagieren. Der BFD soll Männern/Frauen jeden Alters nach Erfüllung der Schulpflicht offen stehen. Der Einsatz im BFD 12, mindesten sechs und höchstens 24 Monate dauern.

Der BFD soll ganztägig als überwiegend praktische Hilfstätigkeit in gemeinwohlorientierten Einrichtungen geleistet werden, insbe-

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

sondere in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, der Wohlfahrts-, Gesundheits- und Altenpflege, der Behindertenhilfe, der Kultur- und Denkmalpflege, des Sports, der Integration, des Zivil- und Katastrophenschutzes und in Umweltschutzeinrichtungen.

Laut Gesetzentwurf soll der BFD arbeitsmarktneutral ausgestaltet werden, das heißt, die Freiwilligen sollen "unterstützende, zusätzliche Tätigkeiten" verrichten und keine hauptamtlichen Kräfte ersetzen.

Neuregelung der Steinkohlefinanzierung

Mit dem an diesem Donnerstag in 1. Lesung beratenen "Gesetz zur Änderung des Steinkohlefinanzierungsgesetzes" soll die Revisionsklausel aus dem Steinkohlefinanzierungsgesetz gestrichen werden, nach der es bisher möglich war, die Subventionierung des Steinkohlebergbaus in Deutschland über das Jahr 2018 hinaus fortzuführen.

Die Revisionsklausel steht im Widerspruch zu der Verordnung der europäischen Kommission für eine neue Steinkohlebeihilferegulierung, in der die endgültige Stilllegung nicht wettbewerbsfähiger Bergwerke geregelt wird. Beihilfen an die verbliebenen fünf deutschen Bergwerke dürfen ab 1. Januar 2011 nur dann weiter gewährt werden, wenn für jedes Bergwerk ein definitiver, irreversibler Stilllegungszeitpunkt in einem Stilllegungsplan festgelegt wird.

Neuregelung zur Arbeitnehmerüberlassung

In 1. Lesung stand das „Erste Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes – Verhinderung von Missbrauch der Arbeitnehmerüberlassung“ zur Beratung an.

Mit dem Gesetz soll verhindert werden, dass Arbeitnehmer entlassen oder nicht weiter beschäftigt werden und anschließend unmittelbar oder nach kurzer Zeit als Zeitarbeitskräfte zu schlechteren Arbeitsbedingungen als die Arbeitnehmer des Entleihers wieder in ihrem ehemaligen Unternehmen oder einem anderen Unternehmen desselben Konzerns eingesetzt werden.

Ihre Schlechterstellung und damit der missbräuchliche Einsatz der Arbeitnehmerüberlassung soll künftig dadurch verhindert werden, dass vom Gleichstellungsgrundsatz abweichende Regelungen in Tarifverträgen für sie keine Anwendung finden können.

Zitat

«Mir geht es um die Arbeit als Bundesverteidigungsminister. Die erfüllt er hervorragend, und das ist das, was für mich zählt.»

(Bundeskanzlerin Angela Merkel über Karl-Theodor zu Guttenberg) Mal sehn, wie das ausgeht ;-)

Persönliche Notizen

1. Wahlkreis

Am 11. Februar direkt nach Berlin nahm ich gemeinsam mit MdL Bernd Hitzler an der 20. Preisverleihung der Gerstettener Wirtschaft an hoffnungsvolle Nachwuchskräfte teil, ein ideales Beispiel für unkomplizierte Zusammenarbeit von Wirtschaft und Gemeinde für Nachwuchsförderung (<http://bit.ly/ex97re>).

Am selben Abend diskutierte ich mit der CDU und interessierten Bürgerinnen und Bürgern in Rainau-Buch gemeinsam mit MdL Winfried Mack, Erich Migl hat nach 13 Jahren erfolgreicher Vorstandschaft den Stab weiter gereicht (<http://bit.ly/hkvqK8>).

Der Samstag stand zwar im Mittelpunkt des 90. Geburtstags meines Opas, zuvor nahm ich an einer Klausur der CDU-Kreistagsfraktion über den ÖPNV bei uns im Kreis teil.

Am Sonntag hatten MdL Winfried Mack und ich einen prima besuchten Frühschoppen in Dorfmerkingen mit langer Diskussion.

Am 14. Februar hielt ich mit MdL Bernd Hitzler ein Grußwort zum Neubau des Bettenhauses der Heidenheimer Kliniken (<http://bit.ly/i5w8XN>).

Abends unterstützte ich die Landtagskollegin in Leonberg beim Thema Bundesfreiwilligendienst, sehr viele junge Leute waren zu Gast.

Am Dienstag war ich den ganzen Tag in Oberkochen. Zunächst ein Gespräch zur gen-

technikfreien Landwirtschaft in Deutschland: für viele ein Augenöffner, habe versucht, Zuhörern klar zu machen, dass weltweit Gentechnik „in“ ist, ohne dass ich das gut finde! Kleinteilige süddeutsche Landwirtschaft hat es schwer gegen "Flächenkonkurrenz" und Agrarmaschinerien im Norden und weiten Teilen Europas.

Anschließend Treffen mit Senioren Union Oberkochen, voller Saal, auch hier Gentechnik, Euro, Leistungsland BaWü, nötige Innovationen. Dann weiter zu LMT Leading Metalworking Technology Oberkochen: Weltmarktführer aus der Ostalb aus Leistung u Leidenschaft, guter Vortrag durch den Geschäftsführer und die Inhaberin.

Am Mittwoch hatte ich Gespräche mit der Caritas Ostwürttemberg in Aalen und einem Schweinemastbetrieb bei Neuler, beide Besuche führten zu Briefen an das Bundessozialministerium und das Bundeslandwirtschaftsministerium.

Abends habe ich meinen Kollegen MdB Lothar Riebsamen in meinem Geburtsort Pfulendorf im Wahlkampf unterstützt mit einem Vortrags- und Diskussionsabend zur aktuellen Sicherheitspolitik. Meinen Gastbeitrag im ADLAS Magazin für Sicherheitspolitik können Sie unter <http://bit.ly/fQaxB4> nachlesen.

Auch der Donnerstag stand im Zeichen des Wahlkampfes, Gemeindebesuch mit Bernd Hitzler in Sontheim sowie Diskussionsabend mit Winfried Mack in Nordhausen, jeweils in vollen Sälen.

Am Samstag habe ich den Sieg des 1. FC Heidenheim gegen Bayern München in der Gagfah-Arena zusammen mit meiner Frau genossen und abends waren wir bei den Ostalb-Ruasgugga in Aalen.

2. Bundestag

Seit Montag ist Sarah Fröhlich aus Aalen für vier Wochen als Praktikantin in meinem Büro, sie begleitet mich zu vielen Veranstaltungen, so dass sie einen guten Einblick bekommt, so war sie mit mir bei der albanischen Außenministerin, zu einer Diskussion im ARD-Hauptstadtstudio an der ich teilnahm und bei

einer Sitzung der deutschen EU-Mittelmeerdelegation, die ich leite.

Vier Wochen lang unterstützte mich eine Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung, Frau Aline Soares aus Rio de Janeiro, bei der Neuformulierung der Lateinamerika-Strategie unserer Fraktion.

Der erste Tag der Sitzungswoche führte mich nach Wien, wo ich als stv. Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung die OSZE, die IAEO (Atomenergiebehörde) und die atomare Teststopp-Organisation (CTBTO) besuchte.

Am Mittwoch waren wir von der Landesgruppe zu Gast beim Bahnvorstand Dr. Rüdiger Grube. Es gab ein herzliches Wiedersehen mit meinem Vorgänger Schorsch Brunnhuber, der das Treffen hervorragend vorbereitet hat. Für die für uns kritischen Punkte Brenzbahn, Jagstalbahn, Neigetechnik und Verbindungen erhalte ich im nächsten Monat eine ausführliche schriftliche Antwort.

Diese Woche hatte ich wieder zwei Reden, zur deutsch-polnisch-französischen Zusammenarbeit und zum Gaza-Krieg, meine 18. und 19. Rede (<http://bit.ly/dDY8AG>).

Gestern war ich von 19 bis 21 Uhr im Auftrag der Fraktion beim Westdeutschen Rundfunk Teilnehmer einer äußerst kritischen Radio-Diskussion, ob Minister zu Guttenberg zurücktreten solle. Das war alles andere als vergnügungssteuerpflichtig, ich habe ihn verteidigt so gut es nur ging. Jetzt kommt es auf Geschlossenheit an und ich baue auf die Redlichkeit unseres Ministers. sie können es gerne nachhören: <http://bit.ly/fJXdCS> (Audiodatei) oder <http://bit.ly/eu3ByP>

3. Wahlkampf und Fasching

In vier Wochen wird gewählt, wir wollen überzeugend siegen. Ich bin ganz viel im Wahlkampf unterwegs, so auch heute Abend in Ziplingen oder nächste Woche in Aalen, Giengen, Essingen und Ellwangen.

Und natürlich auch in zahlreichen Faschingsveranstaltungen, so morgen Abend bei der Prunksitzung in Aalen oder nächstes Wochenende in Oberkochen.

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

Für die Fraktion bin ich nächste Woche für einen Tag in Rom, hier geht es um die sorgenvollen Entwicklungen in Nordafrika sowie in der Folgewoche kurzfristig und überraschend für zwei Tage mit Dr. Schockenhoff zu politischen Gesprächen in Washington, leider muss ich dafür unseren traditionellen Aschermittwoch opfern. Aber ab Donnerstag geht es wieder in den Wahlkampf.

Ihnen allen ein schönes, sonniges Wochenende!

Herzliche Grüße

Ihr und Euer Roderich Kiesewetter